

Vorlagennummer: 0315/2024 BV
Vorlagenart: Beschlussvorlage
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Kommunale Verfassungsbeschwerde der Landeshauptstadt Stuttgart zur Neufassung des § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz

Datum:
Federführung: Oberbürgermeister
Beteiligte: Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen
GZ: 0011-00

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Ausschuss Stuttgart 21/Rosenstein	Vorberatung	öffentlich	05.11.2024
Verwaltungsausschuss inkl. Betriebsausschuss Abfallwirtschaft	Vorberatung	öffentlich	06.11.2024
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	07.11.2024

Beschlussantrag:

1. Der Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b Grundgesetz (GG) durch einen Rechtsbeistand zur Feststellung einer Verletzung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 GG durch die aktuelle Fassung des § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) wird zugestimmt.
2. Der Aufwand des Rechtsbeistandes wird entsprechend der Darstellung im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ im Budget der Abteilung Koordination S21/Rosenstein und Zukunftsprojekte gedeckt.

Begründung:

Seit dem 29. Dezember 2023 ist die neue Fassung des § 23 AEG zur Freistellung (Entwidmung) von Bahnbetriebszwecken gültig. Neben den bisherigen Voraussetzungen der Freistellung von Bahnflächen muss nun durch die zuständige Behörde ein überwiegendes überragendes öffentliches Interesse zur Aufhebung von Bahnbetriebszwecken festgestellt werden.

Der Deutsche Städtetag informierte seine Mitglieder mit Schreiben vom 29. Mai 2024 über die Änderung des § 23 AEG und die ersten Äußerungen des Eisenbahn-Bundesamts (EBA) zur künftigen Anwendung des Paragraphen. Dem entsprechend vertritt das EBA die Rechtsauffassung, dass eine Freistellung nur noch erfolgen könne, wenn auf den Flächen Vorhaben realisiert werden sollten, die ebenfalls kraft Gesetzes im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegen. Damit könne eine Freistellung z. B. nur zugunsten der Landesverteidigung, von bestimmten Bundes-Fernstraßen-Vorhaben oder von Wind- bzw. Solarenergieanlagen erfolgen. Der Bau von Wohnungen oder die Schaffung von Arbeitsplätzen gehöre nicht zu den Vorhaben, die im überragenden öffentlichen Interesse liegen.

In einem Schreiben vom 18. August 2024 bestätigte der ehemalige parlamentarische

Staatssekretär und Beauftragte der Bundesregierung für Schienenverkehr Michael Theurer (MdB) diese Rechtsauffassung des EBA. Die Änderung des Gesetzes würde dem Willen des Deutschen Bundestages und der Regierungskoalition entsprechen. Es wurde erkannt, dass die Gesetzesänderung in Fällen, in denen eine Freistellung über lange Zeit planerisch und wirtschaftlich vorbereitet wurde, zu Härten führen kann.

Im Schreiben des Herr Oberbürgermeister Dr. Nopper aus dem August 2024 an den Bundesminister für Digitales und Verkehr, die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und Abgeordnete des Deutschen Bundestags, wurde ein Verstoß der neuen Fassung des § 23 AEG gegen die kommunale Selbstverwaltung aus Art. 28 Abs. 2 GG gerügt. Die Verwaltung hat auf Antrag (GRDrs. 212/2024) im Ausschuss Stuttgart 21/Rosenstein am 1. Oktober 2024 zum Sachstand berichtet.

Neben den politischen Initiativen zu einer Anpassung des § 23 AEG wurden von Seiten der Landeshauptstadt Stuttgart die Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Regelung über die Freistellung von Bahnbetriebswerken geprüft. In diesem Rahmen wurde eine rechtsgutachterliche Stellungnahme eingeholt, die Anlage dieser Beschlussvorlage ist.

Nach dieser Stellungnahme steht der Landeshauptstadt Stuttgart die Möglichkeit zur Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 b Grundgesetz (GG) zur Prüfung einer Verletzung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 GG durch die aktuelle Fassung des § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) offen. Vor dem Bundesverfassungsgericht könnte eine Beschwerde zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des § 23 AEG in der Fassung vom 22. Dezember 2023 erhoben werden. Die Kommunalverfassungsbeschwerde ist regelmäßig nicht Teil der laufenden Verwaltung und bedarf daher eines Beschlusses des Gemeinderats.

Bei der Erhebung einer Kommunalverfassungsbeschwerde ist die Beschwerdefrist zu beachten. Die Beschwerdefrist endet am Montag den 30. Dezember 2024.

Die gutachterliche Stellungnahme vom 15. Oktober 2024 enthält das Fazit: *„Eine kommunale Verfassungsbeschwerde der LHS gegen die Neufassung des § 23 AEG ist zulässig und hat gute Aussicht auf Erfolg.“*

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion zu § 23 AEG und der herausragenden Bedeutung des Städtebauprojekts Stuttgart Rosenstein, mit dem Ziel der Schaffung von bis zu 5.700 Wohnungen für über 10.000 Menschen im Stuttgarter Zentrum, empfiehlt die Verwaltung die Erhebung der kommunalen Verfassungsbeschwerde gegen die Neufassung des § 23 AEG.

Klimarelevanz:

Die Maßnahme hat keine Auswirkungen auf den Klimaschutz.

Finanzielle Auswirkung:

Zur rechtlichen Begleitung der Erhebung der Kommunalverfassungsbeschwerde wird eine Rechtsanwaltskanzlei beauftragt. Die Aufwendungen belaufen sich in den

Haushaltsjahren 2024 und 2025 voraussichtlich auf ca. 25.000 EUR. Die entsprechenden Aufwendungen für die rechtliche Begleitung werden im Teilergebnishaushalt 810 – Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107021 – Abteilung Koordination S21/Rosenstein und Zukunftsprojekte, Kontengruppe 42510 – Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gedeckt.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Das Referat WFB hat die Vorlage mitgezeichnet.

Vorliegende Anträge/Anfragen:

Erledigte Anträge/Anfragen:

Dr. Frank Nopper
Oberbürgermeister

Anlage/n

1 - Gutachterliche Stellungnahme zu Rechtsschutz 23 AEG vom 15.10.2024
(öffentlich)